



Neuer EU-Finanzrahmen

SCHWERPUNKT

Nur ein starkes Europa garantiert starke Kommunen

Herzlich willkommen bei
„EU-Kommunal“

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem neuen Newsletter möchten wir Sie regelmäßig über wichtige Entwicklungen der europäischen Politik informieren – kompakt, verständlich und mit einem besonderen Blick auf die Interessen unserer Städte, Gemeinden und Landkreise. Denn für uns als CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament gilt:
Ein starkes Europa bedeutet starke Kommunen!

Niclas Herbst MdEP
– Vorsitzender –

Christian Doleschal MdEP
– Co-Vorsitzender –

In dieser Ausgabe

- Aus Brüssel & Straßburg
- Kurz erklärt
- Praxis vor Ort
- Fördermittel im Blick
- Termine

Herausgegeben von der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Neuer EU-Finanzrahmen: Nur ein starkes Europa garantiert starke Kommunen



Beratungen der Kontaktgruppe des Europäischen Parlaments zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mit EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (EVP) im März 2026.

Multi-Financial Framework Contact Group – Multimedia Centre

Europa sieht sich mit zunehmenden Unwägbarkeiten konfrontiert. Geopolitische Umwälzungen und wirtschaftlicher Wettbewerbsdruck verlangen eine Europäische Union, die handlungsfähiger und effizienter wird. Der neue [Mehrjährige Finanzrahmen \(MFR\) für 2028 bis 2034 entscheidet maßgeblich darüber, wie Europa seine Zukunft gestaltet](#) (siehe „Kurz erklärt“). Doch dabei geht es nicht allein um Europas Rolle in der Welt. Eine starke und handlungsfähige EU ist vor allem für unsere Kommunen von größter Bedeutung.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für den neuen Finanzrahmen sieht Ausgaben von knapp zwei Billionen Euro vor. Vorgesehen sind mehr Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Sicherheit. Investitionen also, die Europas Position in einer zunehmend unsicheren Welt stärken sollen. Diese Zielsetzung ist richtig, denn ein wirtschaftlich starkes und handlungsfähiges Europa schafft zugleich die Voraussetzungen für leistungsfähige Kommunen. Entscheidend ist allerdings, ob europäische Politik auch etwas bei den Menschen vor Ort bewirkt, also in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Genau deshalb muss der Vorschlag der Kommission an wesentlichen Stellen nachgebessert werden. Die Kommission möchte verschiedene Förderprogramme zusammenlegen, um den EU-Haushalt einfacher und flexibler zu gestalten. Was sich zunächst gut anhört, birgt jedoch das Risiko, dass die gezielte Förderung von Städten, Gemeinden und strukturschwachen Regionen an Bedeutung verliert. Daher muss die Regionalförderung auch künftig eigenständig bleiben und über ausreichende finanzielle Mittel verfügen.

Noch grundsätzlicher ist die Frage, wer künftig über die Verwendung europäischer Fördergelder entscheidet. Zwar sieht die Kommission eine Beteiligung der Kommunen vor, doch reichen vage Zusagen hier nicht aus. Städte, Gemeinden und Regionen müssen verbindlich in die Planung und Umsetzung der Förderprogramme eingebunden werden. Die geplanten nationalen und regionalen Partnerschaftspläne bergen jedoch die Gefahr, dass nationale Regierungen künftig stärker über die Verteilung europäischer

Herausgegeben von der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Mittel bestimmen, während die Kommunen an Einfluss verlieren. Hinzu kommt: Wird die Auszahlung von Fördermitteln an die Umsetzung nationaler Reformen geknüpft, dürfen Städte und Gemeinden nicht wegen Versäumnissen ihrer nationalen Regierungen benachteiligt werden.

Sehr zu begrüßen ist hingegen der von der Kommission geplante konsequente Bürokratieabbau. Der Zugang zu europäischen Fördermitteln muss einfacher, schneller und transparenter werden. Gerade kleinere Kommunen verfügen häufig nicht über die personellen Ressourcen, um komplexe Antragsverfahren und umfangreiche Berichtspflichten zu bewältigen. Wer kommunale Handlungsfähigkeit stärken will, muss unbedingt den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren.

Und genau darum muss es gehen: Wir brauchen eine starke Europäische Union, die aber vor allem dort entschlossen handelt, wo gemeinsame Lösungen einen echten Mehrwert schaffen. Zugleich müssen Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Das setzt voraus, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise über ausreichende Handlungsspielräume verfügen und ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten können. Die kommenden Haushaltsverhandlungen sind deshalb weit mehr als ein Feilschen um Milliardenbeträge. Es geht um ein Europa, das seine Stärke nutzt, um auch vor Ort mehr zu ermöglichen.

AUS BRÜSSEL & STRASSBURG

Wohnraumkrise: Passgenaue Lösungen statt neuer Vorschriften

Die EVP-Fraktion kritisiert den im September vorgelegten Entwurf der EU-Kommission zu einem Gesetz über bezahlbaren Wohnraum (Affordable Housing Act): Während etwa bei Kurzzeitvermietungen verbindliche Regeln geschaffen werden sollen, finden sich zu Neubauten und Sanierungen nur unverbindliche Empfehlungen. Es braucht aber Lösungen, die den unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort gerecht werden; sprich: mehr bezahlbaren Wohnraum in den Städten, aber auch Anreize zur Sanierung und Nutzung leerstehender Gebäude gerade im ländlichen Raum. Deshalb fordert die EVP vor allem mehr kommunale Gestaltungsspielräume statt einer Kombination aus Unverbindlichkeit und neuer Bürokratie.

Öffentliche Aufträge: EU plant neue Regeln

Mit einem Anfang September vorgelegten Entwurf will die EU-Kommission die Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfachen – ein wichtiges Vorhaben gerade für Städte und Gemeinden. Die EVP-Fraktion unterstützt die Reform ausdrücklich, fordert aber mehr Flexibilität und einfachere Verfahren für die Kommunen. Besonders wichtig wäre eine Anhebung der Schwellenwerte, ab denen Aufträge europaweit ausgeschrieben werden müssen. So könnten Kommunen schneller und unkomplizierter Aufträge vergeben und zugleich kleineren, regionalen Unternehmen bessere Chancen eröffnen.

Herausgegeben von der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

EU-Verpackungsverordnung: Wie können Bürgermeister ihre Betriebe unterstützen?

Seit dem 12. August 2026 gelten schrittweise neue EU-Regeln für Verpackungen („Packaging and Packaging Waste Regulation“ – PPWR). Das betrifft auch mittelständische Hersteller, Händler und Gastronomiebetriebe. Bürgermeister und Kommunalverwaltungen sollten ihren Betrieben vor Ort raten, sich frühzeitig über die neuen Anforderungen zu informieren und zu prüfen, welche Verpackungen und Lieferanten betroffen sind. Eine gute Orientierung für Kommunen und Betriebe bietet hierbei [der Leitfaden der DIHK](#).

EU-Konvent der Bürgermeister: Kommunen beraten über bezahlbare Energie

Beim [EU-Konvent der Bürgermeister](#) diskutierten kommunale Entscheidungsträger aus ganz Europa am 15. Oktober in Brüssel über bezahlbare Energie, Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Städte und Gemeinden die Energiewende vor Ort sozialverträglich gestalten können. Deutlich wurde einmal mehr: Für die Umsetzung europäischer Klimaziele brauchen Kommunen neben ausreichenden finanziellen Mitteln vor allem weniger Bürokratie und mehr Gestaltungsspielraum.

KURZ ERKLÄRT

Was ist eigentlich der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)?

Der MFR legt fest, wie viel Geld die EU über einen Zeitraum von sieben Jahren höchstens ausgeben darf und welche politischen Bereiche, wie beispielsweise die Landwirtschaft, besonders gefördert werden.

ANSPRECHPARTNER

Unsere kommunalpolitischen Sprecher:

Sabine Verheyen MdEP
sabine.verheyen@ep.europa.eu

Marion Walsmann MdEP
marion.walsmann@ep.europa.eu

Sprechen Sie uns gerne an!

PRAXIS VOR ORT

Nürnberg: Mit EU-Förderung Gebäude fit für die Zukunft machen

Wie lassen sich ältere Gebäude schneller und effizienter sanieren? Dieser Frage geht die Stadt Nürnberg im EU-geförderten Projekt „ZEROit“ nach. Besonders an diesem Projekt ist, dass nicht nur technische Lösungen im Mittelpunkt stehen, sondern auch die Menschen, die Gebäude besitzen, mieten oder nutzen.

So hat die Stadt Nürnberg mit einer öffentlichen Ausstellung und mehreren Workshops im Sommer 2026 Bürgerinnen und Bürger gezielt eingebunden. Gemeinsam wurde diskutiert, welche Informationen, Beratungsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten notwendig sind, um energetische Sanierungen einfacher und attraktiver zu machen.

„ZEROit“ wird durch die Europäische Stadtinitiative gefördert und zeigt, wie europäische Mittel Kommunen dabei helfen können, praktische Lösungen für lokale Herausforderungen zu entwickeln. Entscheidend ist dabei die Verbindung von technischer Innovation und Bürgerbeteiligung.

Werden auch in Ihrer Kommune Projekte erfolgreich mit europäischen Fördermitteln umgesetzt? Teilen Sie Ihre Erfahrungen mit uns – wir freuen uns: info@cducsu.eu

[Mehr erfahren – Stadt Nürnberg](#)

FÖRDERMITTEL IM BLICK

EUI Peer Reviews **Frist: 12.11.2026**

EU-finanzierter Erfahrungsaustausch zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Teilnahme als begutachtete Stadt oder kommunaler Experte möglich. [Weitere Informationen](#)

Driving Urban Transitions **Frist: 17.11.2026**

Förderung internationaler Forschungs- und Innovationsprojekte zu nachhaltiger Mobilität, Stadtentwicklung und Energie. Deutsche Förderbedingungen sind zu beachten. [Weitere Informationen](#)

Net Zero Cities **Frist: 03.12.2026**

8 Millionen Euro für innovative Lösungen zur kommunalen Klimaneutralität. Teilnahme für Städte der EU-Städtemission. [Weitere Informationen](#)

TERMINE

- | | |
|-------------------------|--|
| 03.11.2026 – 19.01.2027 | Online: S-Public, „Einfach. Digital. Machen.“, Webinar-Reihe zur Digitalisierung von Kommunalverwaltungen. Weitere Informationen |
| 06. – 07.11.2026 | Hanau: KPV-Kongress, „Kommunen stärken. Zukunft sichern.“ Weitere Informationen |
| 06.11.2026 | Düsseldorf: Kommunen NRW, „wir.bewegen.NRW“, Konferenz über die Zukunft nachhaltiger Strukturförderung. Weitere Informationen |
| 24.11.2026 | Online: Jugend für Europa, „Wirkung von Freiwilligenprojekten stärken“, Webinar. Weitere Informationen |

Impressum & Hinweise

Herausgeber: CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament; Büro Berlin, Unter den Linden 71, 10117 Berlin; E-Mail: info@cducsu.eu; Tel.: +49-30-22775775; Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Hildegard Bentele MdEP, Parl. Geschäftsführerin; Stefan Köhler MdEP, Parl. Geschäftsführer (Anschrift wie oben)
Redaktion & Produktion: Sario Marketing GmbH, Anni-Eisler-Lehmann-Str. 3, 55122 Mainz; Urheberrecht & Bildnachweise: Nutzungsrechte beim Herausgeber. Verwendung von gemeinfreiem sowie lizenziertem Bildmaterial (u. a. über magnifico.com); EU-Kennzeichen: Die Nutzung erfolgt gemäß den offiziellen Nutzungsbedingungen und beinhaltet keine Suggestion institutioneller Nähe.